

Förderung des grenzüberschreitenden Austauschs

Gipfel der Großregion spricht sich für bürgernahe Mikroprojekte aus

In der Großregion, der auch die Deutschsprachige Gemeinschaft angehört, sollen stärker als bisher bürgernahe Mikroprojekte gefördert werden. Der Gipfel der Großregion spricht sich in einer Stellungnahme deutlich zugunsten solcher grenzüberschreitender Initiativen aus.

„Das ist ein wichtiges Signal. Mikroprojekte vermitteln unseren Bürgerinnen und Bürgern den Mehrwert Europas, indem sie beispielsweise den direkten Austausch zwischen Schulen, Kulturträgern, Rettungsdiensten oder Sportvereinen fördern“, so Ministerpräsident Oliver Paasch, der die Deutschsprachige Gemeinschaft im Gipfel der Großregion vertritt.

In der Stellungnahme der Exekutiven heißt es: „In Anbetracht der aktuellen Lage in der Europäischen Union besteht ein zunehmender Bedarf, den Bürgern den konkreten Nutzen und den Mehrwert von EU-Maßnahmen zu vermitteln und zu veranschaulichen. Mikroprojekte sind aufgrund ihrer Sichtbarkeit und ihrer Bürgernähe für diesen Bedarf in besonderem Maße geeignet.“

Aus diesem Grunde unterstützt der Gipfel der Großregion „die Entwicklung von grenzüberschreitenden Mikroprojekten im Kooperationsraum der Großregion, die dessen Wahrnehmung bei den Bürgerinnen und Bürgern stärken“ und deshalb ein „wichtiges Instrument“ in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit seien.

„In der Euregio Maas-Rhein haben wir mit Mikroprojekten überaus positive Erfahrungen gesammelt. Deshalb freut es mich, dass in der Großregion nun ebenfalls in diese Richtung gearbeitet wird“, so Paasch.

Die Zukunft der Europäischen Union war beim Zwischengipfel der Großregion in Schengen, an dem u.a. Luxemburgs Premierminister Xavier Bettel, der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans und die rheinland-pfälzische Staatssekretärin Heike Raab teilnahmen, das Hauptgesprächsthema. Die Exekutiven betonten die Wichtigkeit, die europäische Kohäsionspolitik mit möglichst konkreten Projekten zu gestalten.

In diesem Sinne unterstützen sie ausdrücklich die Kandidatur der Universität der Großregion (UniGR), Teil des Pilotprojektes „Europäische Universität“ zu werden. Das Ziel besteht dabei darin, Studierenden ein Auslandsstudium sowie den Besuch von Lehrveranstaltungen in mindestens zwei europäischen Sprachen zu ermöglichen.

„Den Fokus auf die Mehrsprachigkeit im Studium zu legen, halte ich für den genau richtigen Ansatz“, lobte Ministerpräsident Paasch das Vorhaben.

Weitere Auskünfte erteilt:

Serge Heinen

Pressesprecher / Berater

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Kabinett Ministerpräsident Oliver Paasch

Klötzerbahn 32, B-4700 Eupen

Tel.: +32-87-789 616, Mail: serge.heinen@dgov.be